

**Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, SVP, AL/GaP/PdA (Katharina Altas, SP/Thomas Fuchs, SVP/Eva Gammenthaler, AL): Berner Ort der Erinnerung für die Opfer des Nationalsozialismus**

Im März 2021 wurde im Ständerat eine Motion durch Daniel Jositsch {SP} eingereicht, die die Schaffung eines Orts der Erinnerung für die Opfer des Nationalsozialismus in Bern verlangt. Ebenfalls im März 2021 wurde die gleichlautende Motion von über 100 Nationalrätinnen und Nationalräten unterschrieben und durch den Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer eingereicht. Eine der treibenden Kräfte hinter dem Anliegen ist Alt-Nationalrat Remo Gysin {SP}, Präsident der Auslandschweizer-Organisation. Die Motion verlangt, dass in Bern, der Bundesstadt und dem politischen Zentrum der Schweiz, ein Erinnerungs- und Vermittlungsort für die Opfer des Nationalsozialismus zu schaffen sei.

Der Erinnerungsort soll kein statisches «Denkmal» sein, sondern ein Ort, an dem der Austausch gepflegt wird. Die Katastrophe des Nationalsozialismus gerät immer mehr in Vergessenheit, die Zahl der Zeitzeugen wird immer kleiner. Weil Rechtsstaatlichkeit und Demokratie jederzeit ins Wanken geraten können, soll die Erinnerung an die Gräueltaten daran gemahnen, dass Rassismus und Diskriminierungen und die Verletzung der Menschenrechte Demokratien aushöhlen können.

Neben dem »Erinnerungsort«, der öffentlich leicht zugänglich sein soll, sind im Rahmen des «Vermittlungsortes» Vernetzung, Information und politische Bildung wichtige Pfeiler des Konzepts, die in einer bestehenden Institution, wie bspw. dem Historische Museum Bern, eingerichtet werden können. Durch eine Dauerausstellung, durch Wechsellausstellungen und Veranstaltungen sollen nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus reflektiert werden, sondern darüber hinaus gesellschaftlich relevante Diskurse zu den Themen Faschismus, Totalitarismus, Rassismus, etc. aufgegriffen werden.

Millionen von Menschen wurden von 1933 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Opfer einer menschenverachtenden Politik. Dass darunter auch Schweizerinnen und Schweizer waren, ist lang nicht beachtet worden. Mittlerweile wurde in Forschungsarbeiten dokumentiert, dass gegen 1000 Schweizerinnen und Schweizer oder in der Schweiz Geborene in Konzentrationslagern inhaftiert waren. Über 450 von ihnen haben den Holocaust nicht überlebt. Auch jene Schutzsuchende, die während dieser Zeit an der Schweizer Grenze abgewiesen wurden, stehen - neben den Verfolgten und Ermordeten - im Zentrum und ebenfalls Schweizerinnen und Schweizer, die sich mit grossem Mut gegen den Nationalsozialismus gestellt oder sich für Verfolgte eingesetzt haben. Die Schweiz ist aus diesen Gründen seit 2004 Mitglied der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA). Die Allianz ist eine zwischenstaatliche Einrichtung, die Regierungen und Experten zusammenbringt, um Aufklärung, Forschung und Erinnerungen zu fördern. Im Nationalrat wird seit 2005 an die Opfer des Nationalsozialismus in einer Ansprache gedacht.<sup>1</sup>

Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen:

1. Wie die Stadt Bern bei der Standortsuche behilflich sein kann.
2. Wie die Stadt Bern bei der Umsetzung des Konzepts Unterstützung leisten kann und
3. ob und auf welche Art sich die Stadt Bern aktiv bei der Entstehung des Erinnerungs- und Vermittlungsortes beteiligen kann.

---

<sup>1</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?t=AffairId=20213172>

Bern, 20. Mai 2021

*Erstunterzeichnende: Katharina Altas, Thomas Fuchs, Eva Gammenthaler*

*Mitunterzeichnende: Nicole Bieri, Bernadette Häfliger, Simone Machado, Edith Siegenthaler, Janosch Weyermann, Jemima Fischer, Tabea Rai, Nadja Kehrli-Feldmann, Timur Akçasayar, Halua Pinto de Magalhães, Nora Krummen, Mohamed Abdirahim, Alina Irene Murano, Sara Schmid, Diego Bigger, Fuat Köçer, Ayse Turgul, Laura Binz, Daniel Rauch, Lena Allenspach, Valentina Achermann, Ingrid Kissling-Näf, Michael Sutter*

### **Antrag des Gemeinderats**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Interfraktionelle Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 17. November 2021

Der Gemeinderat